

Nationale Notenbanken



Die Notenbanken sind zuständig für die Geldpolitik ihres Landes. Sie haben auch die Pflicht, auf die aktuellen Entwicklungen zu reagieren.

Als erstes werden verschiedene Stimmen aus der EZB dargestellt.

So fürchtet der Direktor, dass Systeme wie Bitcoin die Finanzstabilität gefährden und der individuelle Investor auch die Konsequenzen seiner Handlungen tragen muss. Ein Ratsmitglied der Notenbank fordert sogar eine Mehrwertsteuer auf Bitcoin zu erheben, um die Geldwäsche mit dieser Währung zu verhindern. Ein weiteres Direktoriumsmitglied warnt vor zu großen Kapitalverlusten, denn eine „Finanzblase“ (Marktsituation, in der der Preis eines Handelsguts bei hohen Umsätzen über seinem Fundamentwert liegt) wird in der Befürchtung der Anleger aufgrund von Knappheit und erwarteter Nachfragesteigerung erhalten bleiben. Daraus folgt eine Forderung an die Politik, die Maßnahmen zum Schutz der Anleger vor kriminellen Finanzgeschäften ergreifen soll. Der EZB-Präsident hingegen sieht keine Bedrohung für das Zentralbank-Monopol auf die Geldschöpfung.

Die Notenbank der USA beispielsweise kämpft mit Datenschutzproblemen hinsichtlich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Laut einem Mitarbeiter wäre eine „gute Antwort“ auf die wachsende Bedeutung von Kryptowährungen eine funktionsfähige Alternative im Privatsektor. Die People's Bank of China sieht die Zeit als gekommen, sich den digitalen Zahlungsmitteln mit voller Konzentration anzunehmen. So hat man angeblich die vollständige Kontrolle über Kryptowährungen und 2014 ein Forschungsteam eingerichtet, das an der Entwicklung von digitalem Rechengeld arbeitet. Der Börsenhandel mit Bitcoin und Co ist dort allerdings von Seiten des Staates untersagt. Die japanische Notenbank befindet sich, wenn man so will, im Studienmodus.

Es gibt hier zwar nicht direkt Planungen hinsichtlich der Ausgabe beliebiger Digitalwährungen, doch man plant auch hier die Entwicklung einer eigenen Währung, die nach den Prinzipien der Kryptographie funktionieren.

Etwas westlich verbietet die Reserve Bank of India (Indien) jeglichen Kontakt mit Digitalwährungen, denn diese könnten als Kanäle für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen und deren Funktionsweise verletzt die Devisenregeln (Zahlungsmittel in fremder Währung) des Landes.

In Marokko handelt es sich beim Handel mit digitalen Zahlungsmitteln um einen Rechtsverstoß, der strafrechtlich verfolgt wird. Denn auch hier verstoßen diese Währungen gegen die Devisenvorschriften und die als verstecktes Zahlungssystem geltende Arbeitsweise wird von keiner Institution unterstützt und bereitet somit ein großes Risiko für den Anleger.

In Europa und hier besonders in Skandinavien ist die Lage deutlich entspannter, hier ist man sehr offen gegenüber den neuen Möglichkeiten hinsichtlich des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Die schwedische Riskbank sieht so keinerlei Probleme bei der Einführung einer eigenen „E-Krona“ und man steht dem Bargeld in Schweden bereits grundsätzlich etwas abgeneigt gegenüber, da es hier üblich geworden ist, alle Zahlungen mit Kreditkarte zu zahlen. In Norwegen sieht man den Vorteil von Kryptowährungen vor allem darin, dass man so Bargeldverschwendung minimieren kann und man hier so von einem effizienten alternativen Zahlungsmittel sprechen kann.

Die Niederländer werden im Bezug auf die zu behandelnde Debatte als „die Mutigen“ bezeichnet, da hier schon seit langem Experimente mit Kryptowährungen durchgeführt werden und man, wie in vielen anderen Ländern geplant, vor der Einführung einer eigenen Digitalwährung, in diesem Fall der „DNBCoin“, zurückschreckt. Außerdem ist man der Ansicht, Blockchain wäre gut bei der Abwicklung komplizierter Finanzgeschäfte anwendbar.

Die Bank of England sieht vor allem für junge Unternehmen, denen diesbezüglich auch Starthilfe geleistet wird, eine vielversprechende Chance auf eine Revolution im Zahlungsverkehr.

Die französische Notenbank ist jedoch skeptisch, denn die Kryptowährungen unterstehen, wie bereits bekannt, einer Institution, die für Vertrauen sorgt und somit läuft der einzelne Anleger

Gefahr, Opfer eines Datenangriffs zu werden und er müsste die darausfolgenden Konsequenzen selbst tragen.

Zuletzt wird sich der deutschen Bundesbank zugewendet. Carl- Ludwig Thiele, Mitglied des Direktoriums, spricht von Kryptowährungen als ein „Spekulatives Spielzeug“, denn man sieht in eben diesen Währungen mehr ein Spekulationsobjekt, als ein Zahlungsmittel. Zudem ist man in Form von aktiver Untersuchung der neusten Entwicklungen darum bemüht, herauszufinden inwiefern Blockchain das Geschäftsmodell der Banken tatsächlich stört und Implikationen in der Geldpolitik verursacht.